



Die Wiedernutzbarmachung bergbaulicher Flächen aus Sicht der Bergbehörde

Sondersitzung des Regionalrats Münster 26.11.2008

**AD Michael Kirchner
Abteilung Bergbau und Energie in NRW**



2007: Beschlossenes Auslaufen des subventionierten Steinkohlebergbaus bis Ende 2018

- Erheblicher Strukturwandel
- ökonomisch
- Flächennutzung
- Thema: Hinterlassenschaften des Bergbaus

Aspekte: Sog. „Ewigkeitslasten“
Umgang mit stillgelegten Betriebsflächen



→ Wiedernutzbarmachung / Reaktivierung bergbaulicher Flächen

- Herausforderung (Belastung durch Vornutzung)
- Erhebliches Potenzial
- Vielfältige Möglichkeiten für den Strukturwandel

☞ „Wandel als Chance“ nutzen



Flächen unter Bergaufsicht

Größe der Bergaufsichtsbereiche (aktiv und stillgelegt – aber noch Bergaufsicht)

Nordrhein-Westfalen insgesamt ca. 23.000 ha

- ca. 15.000 ha Braunkohlesektor
- ca. 8.000 ha andere Bergbauzweige
 - davon **Steinkohlesektor ca. 4.000 ha in NRW**
 - **davon ca. 2.100 ha im Regierungsbezirk Münster**



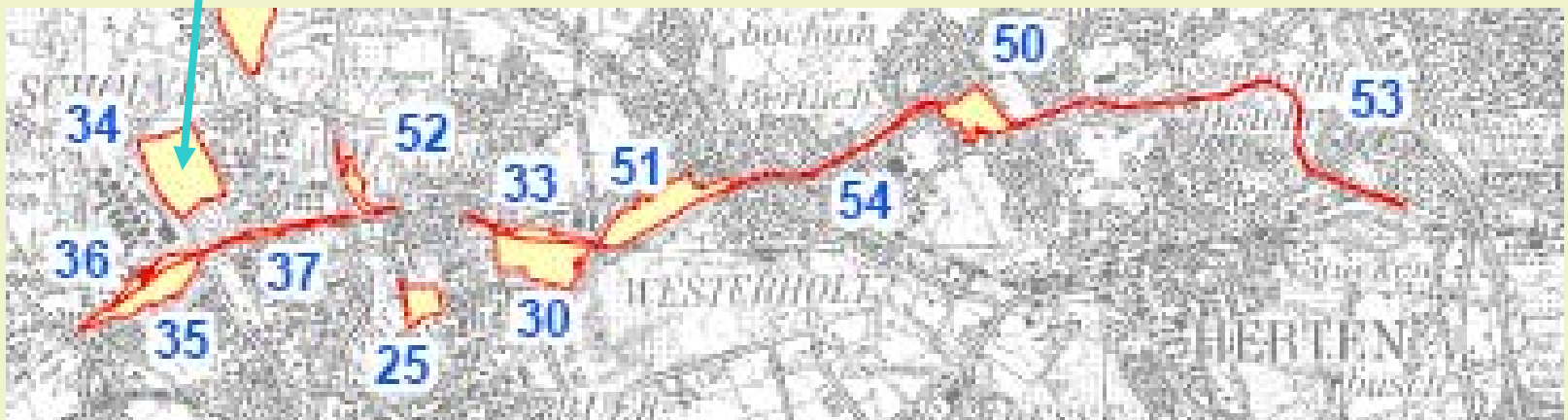
Tischvorlage mit Tabelle und Übersichtskarten



Ausschnitte aus der Übersichtstabelle und den Karten

Unter Bergaufsicht stehende Flächen des Steinkohlebergbaus im Regierungsbezirk Münster > 5 ha

Kommune	Lfd. Nr.	Flächenname	Flächenart	Flächen- größe	Betrieb	ABP
Gelsenkirchen	30	Hassel	Kokerei	28,1		x
	31	Hugo 2/5/8 u. Kokerei u. Bergeh. Rungenberg	Steinkohlengewinnungsbetrieb	85,9		x
	32	Rheinelbe	Bergehalde	12,6		x
	33	Sammelbahnhof Hassel	weiterer Betrieb	7,2	x	
	34	Scholven	Bergehalde	38,8		x
	35	Scholven	Kokerei	19,3		x
	36	Scholven	Steinkohlengewinnungsbetrieb	6,7	x	
	37	Scholven, Zechenbahn	weiterer Betrieb	5,6	x	





- Grundlage Bundesberggesetz (BBergG),
Betriebsaufsicht, zeitlich / sachlich begrenzt
- Besonderes Instrument → Betriebsplanverfahren
 - Wichtig hier bei Einstellung eines Betriebes:
→ Abschlussbetriebsplan (ABP)

- ☞ **Verpflichtungen des Bergbauunternehmers**
 - **Vorlage eines Abschlussbetriebsplans**
 - **Schutz vor Gefahren auch nach Einstellung des Betriebes**
 - **Ordnungsgemäße Wiedernutzbarmachung der durch den Betrieb in Anspruch genommenen Fläche**

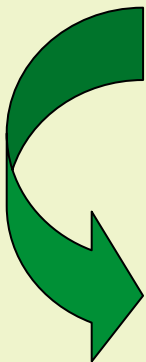


- **Nach Durchführung des Abschlussbetriebsplans oder entspr. Anordnung der Bergbehörde**

- **zu dem Zeitpunkt, in dem nach allgemeiner Erfahrung nicht mehr damit zu rechnen ist, dass durch den Betrieb Gefahren eintreten werden.**
 - ⇒ **Prognoseentscheidung**
 - ⇒ **zeitlich und sachlich differenziert möglich**
 - ⇒ **Ende der bergrechtlichen Verpflichtungen**
 - ⇒ **Zuständigkeitsübergang auf allgemeine Ordnungsbehörde**



Verpflichtung zur Wiedernutzbarmachung



Ordnungsgemäße Gestaltung der in Anspruch genommenen
Oberfläche
unter „Beachtung des öffentlichen Interesses“

- ≠ Wiederherstellung des früheren Zustandes
- ≠ Herstellung für die unmittelbare / jede gewünschte Folgenutzung
- ⇒ keine unnötige Erschwerung der im öffentlichen Interesse stehenden Folgenutzung
- ⇒ ggf. Mindestnutzung Grünfläche



Bemühen der Bergbehörde:

**zügige und optimale Vorbereitung der angestrebten
Folgenutzung im Konsens mit allen Beteiligten**

Abschlussbetriebsplanverfahren als integratives Instrument

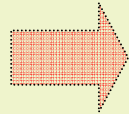
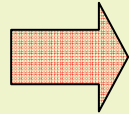


Anforderungen

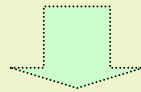
BergG

Umwelt-
fachgesetze

Planer.
Vorgaben



Abschlussbetriebs-
planverfahren
Bergbehörde



Folgenutzungs-/
Bauleitplanung



Abstimmung der Wiedernutzbar-
machung auf die Folgenutzung

Interessen

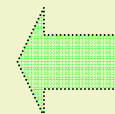
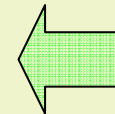
Bergbau-
unternehmer

Flächenentwick-
ler, Vermarkter

Folgenutzer
Investor

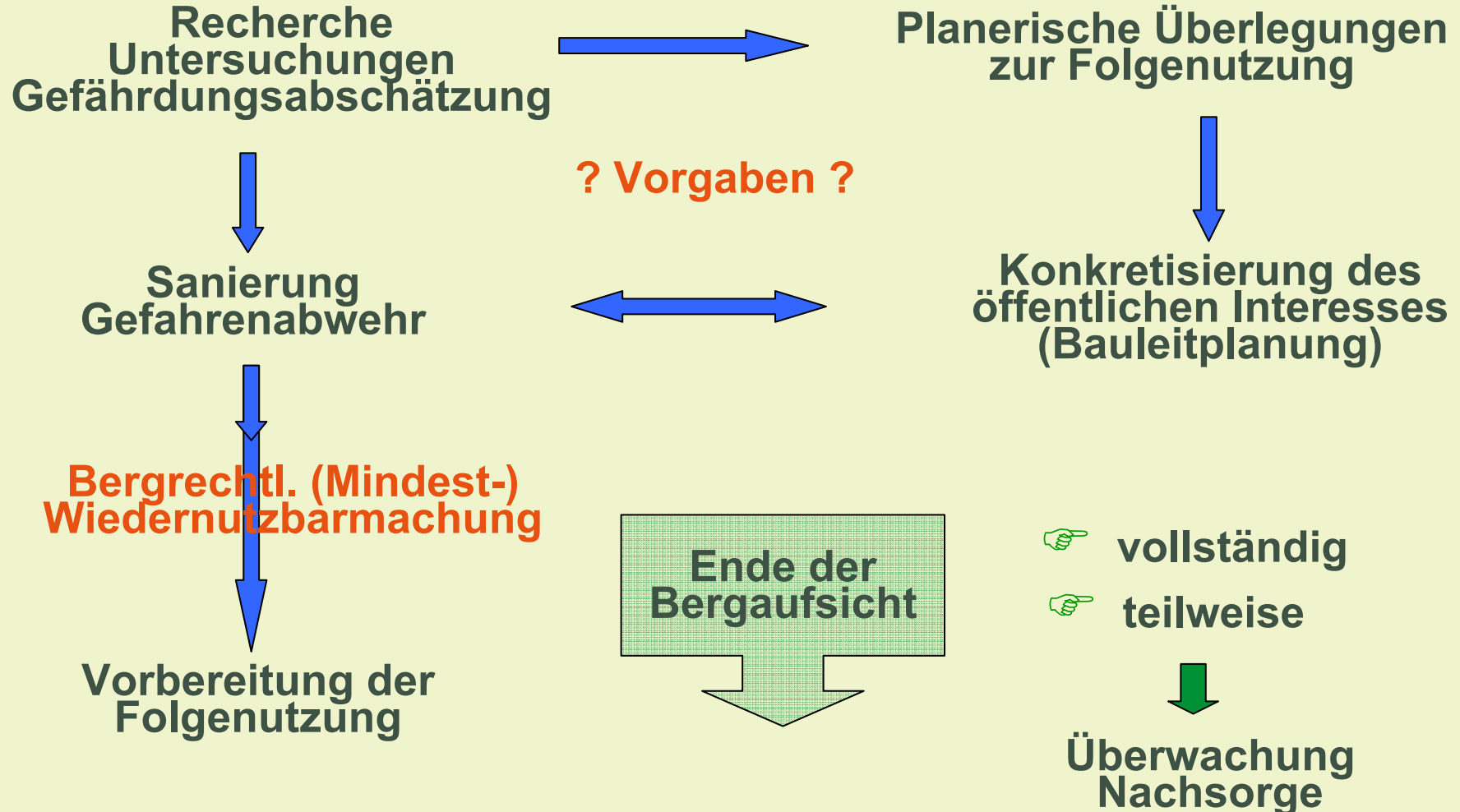
Fachbehörden
TÖB

Stadt/
Gemeinde



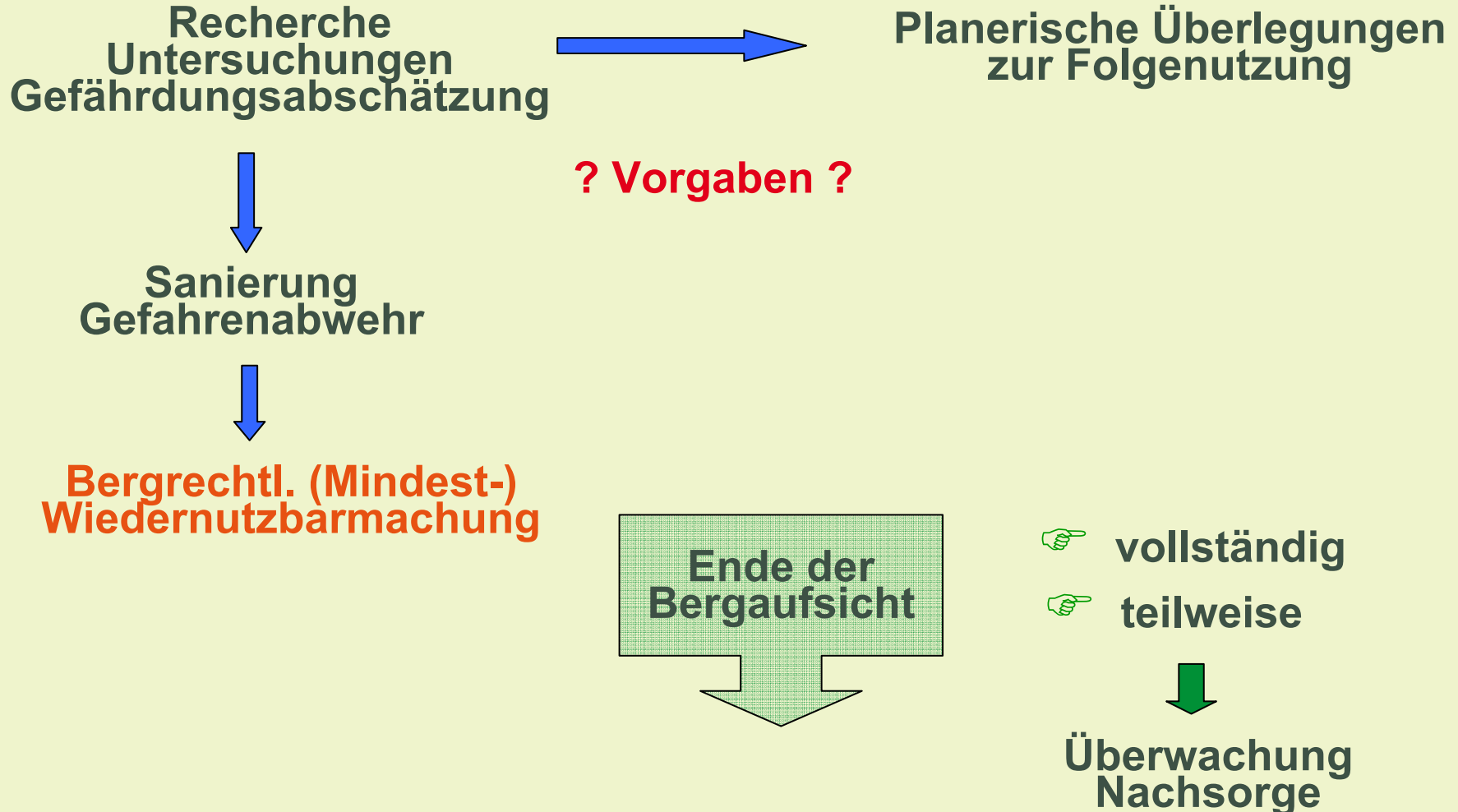


Ablauf eines Abschluss- betriebsplanverfahrens



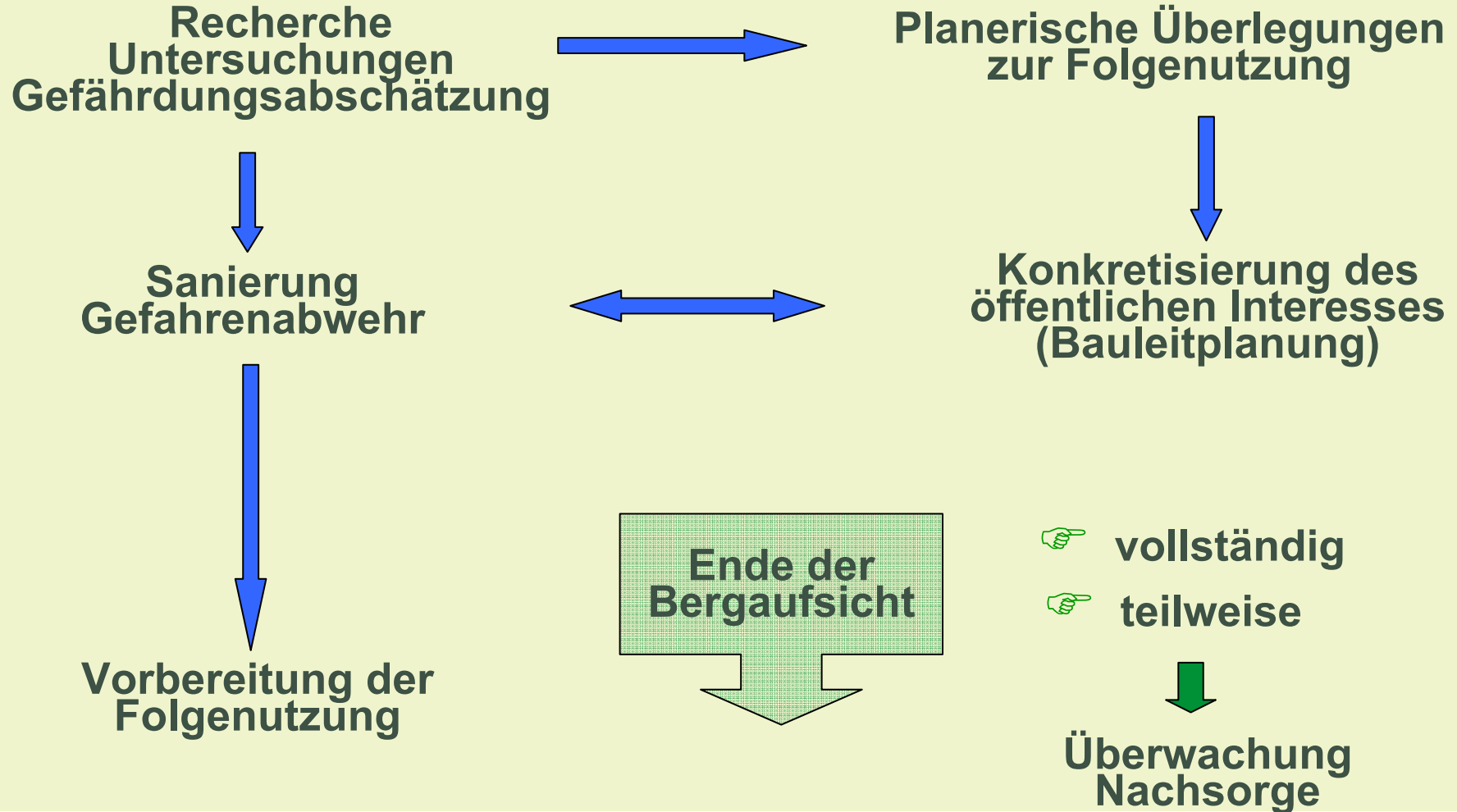


Ablauf eines Abschluss- betriebsplanverfahrens





Ablauf eines Abschluss- betriebsplanverfahrens





Schwierigkeiten bei der Wiedernutzbarmachung

- **Unterschiedliche Interessen und Anforderungen der Beteiligten**
- **Hoher Sanierungsaufwand und Kosten**
- **Geringe Vermarktungschancen bzw. Erlöse**
- **Regionales „Überangebot“ an Flächen**
→ Steuerungsbedarf / Prioritätensetzung
- **Unklare, unverbindliche, nicht rechtzeitige planerische Vorgaben (öffentliches Interesse?)**
- **Denkmalschutz ohne tragfähige Folgekonzeption**



- **Elementare Voraussetzung:
konstruktive und kreative Mitwirkung aller Beteiligten**
- **Unternehmerische Zusammenführung der bergrechtlichen
Verantwortung mit der Flächenentwicklung / Vermarktung
(→ RAG Montan Immobilien GmbH)**
- **Frühzeitiger Informationsaustausch und Verfahrensbeginn**
- **Optimale Abstimmung/Verzahnung der Folgenutzungsplanung
(Bauleitplan) mit dem Abschlussbetriebsplanverfahren**
- **Umsetzung komplexer Vorhaben durch Projektgesellschaften**
- **Koordinierung durch regionales Gesamtkonzept**



- ➡ **Stillgelegte bergbauliche Flächen müssen keine belastenden „Hinterlassenschaften“ sein!
Sie stellen ein wertvolles und vielfältiges Potential für den Strukturwandel dar!**
- ➡ **Bergaufsicht bedeutet keine Erschwernis für die Flächenreaktivierung!
Bergrechtliche Wiedernutzbarmachungsverpflichtung ist hierfür eine wichtige Voraussetzung!**
- ➡ **ABP-Verfahren ist ein effektives, flexibles und integrierendes Instrument zur Flächenreaktivierung!**
- ➡ **Bereits vielfältige und erfolgreiche Folgenutzungsprojekte verwirklicht!**
- ➡ **Bergbehörde wirkt durch ABP-Verfahren maßgeblich an einer zügigen und effektiven Flächenreaktivierung mit und leistet hierdurch einen aktiven Beitrag zum Strukturwandel!**